

PERSPEKTIVEN

«Der Ruf der Schweiz steht auf dem Spiel»

Seite 4

Bergbau muss allen nützen

Seite 8



BROT FÜR ALLE

Liebe Leserin, lieber Leser

«Verantwortung tragen – Gerechtigkeit stärken» lautet das Motto der diesjährigen Ökumenischen Kampagne. Am Beispiel Gold zeigen wir auf, wie die Mientätigkeiten globaler Konzerne im Süden die Umwelt und die Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften zerstören. Und wir sammeln zusammen mit 70 anderen Organisationen Unterschriften für die Konzernverantwortungsinitiative, um genau dies zu verhindern.

Die Initiative richtet sich nicht gegen die Wirtschaft oder Schweizer Unternehmen. Im Gegenteil. Mit der Initiative sollen diejenigen Unternehmen und Wirtschaftsformen gestärkt werden, die ihre ökologische und soziale Verantwortung bereits wahrnehmen. Dies gelingt nur, wenn auch die anderen Unternehmen, Aktionäre und Investoren die Kosten für den Schutz von Menschenrechten und Umwelt als legitim betrachten. Dazu braucht es gesetzliche Vorschriften. Sie stehen am Anfang hin zu einem Bewusstsein, dass Menschen und Umwelt kostbare Güter sind. Denn darum geht es im Endeffekt.



Bernard DuPasquier, Geschäftsführer *Brot für alle*

INHALT

ÖKUMEN. KAMPAGNE
«Verantwortung tragen, Gerechtigkeit stärken»

Seite 5

SÜDSICHT
Es braucht die Zusammenarbeit aller Beteiligten

Seite 8

AKTUELL
Nahrungsmittelspekulation: Mit dem Essen spielt man nicht

Seite 9

Impressum:
Herausgeberin: *Brot für alle*, 2016
Chefredaktion: Pascale Schnyder (pst)
Redaktion: Isolda Agazzi (ia), Patricio Frei (frp), Johanna Monney (jom)
Gestaltung, Layout und Realisation: Crafft Kommunikation, Zürich
Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Pfäffikon
Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
Auflage: 31 000 de / 9 200 fr
Erscheinung: Viermal jährlich
Preis: CHF 5.– pro Spender/in werden für das Abonnement verwendet
Adresse: *Brot für alle*, Bürenstrasse 12, 3007 Bern, 031 380 65 65
Kontakt: perspektiven@bfa-ppp.ch

«Das war Demokratieverweigerung»

Warum eine Konzernverantwortungsinitiative lancieren? Weil der parlamentarische Prozess an seine Grenzen gestossen ist, wie einer der spannendsten Momente der letzten Jahre unter der Bundeshauskuppel bewiesen hat.



Ein unsauberes Spiel im Nationalrat hat die Einführung einer Sorgfaltsprüfungspflicht für Unternehmen zu Fall gebracht.

11. März 2015: Im Nationalrat ist eine heftige Debatte im Gang. Ausgelöst hat sie eine Motion von Ursula Haller (BDP). Sie fordert vom Bundesrat die gesetzliche Verankerung einer Sorgfaltspflicht für Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz. Obwohl von den grossen Wirtschaftsverbänden (Economiesuisse, Swissholdings) heftig bekämpft, erhält die Motion von internationaler Seite und aus Wirtschaftskreisen Unterstützung: John Ruggie, ehemaliger Uno-Sonderbeauftragter für Unternehmen und Menschenrechte, hatte der Verteilung eines Briefes zugestimmt, in dem er dem Bundesrat die Motion zur Annahme empfahl. Auch Wirtschaftsvertreter wie Nick Beglinger (swisscleantech), Dominique Biedermann (Ethos) sowie Stéphane Graber (Swiss Trading and Shipping Association) hatten sich im Vorfeld mit einem Brief ans Parlament gewandt, um der Motion zum Durchbruch zu verhelfen.

«Ich war so angewidert»

Die prominente Unterstützung zeigt Wirkung: Die Motion überwindet das traditionelle Links-Rechts-Schema und wird mit 91 gegen 90 Stimmen angenommen, dank dem Stichentscheid von Nationalratspräsident Stéphane Rossini (SP). Doch die Freude der Befürworter ist von kurzer Dauer. Am Ende der Ratssitzung stellt Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) einen Rückkommensantrag. Einige ihrer Parteimitglieder hätten aus Versehen auf den falschen Knopf gedrückt, begründet sie diesen. Dem Antrag wird stattgegeben – und tatsäch-

lich reihen sich einige Mitglieder der FDP und CVP brav wieder in die Parteilinie ein: Die Motion wird um 18.45 Uhr mit 95 gegen 86 Stimmen abgelehnt. «Für mich war das Demokratieverweigerung, ich war so angewidert», enttüstet sich die Neuenburger Grüne Francine John-Calamé auf Anfrage an ihrem letzten Amtstag im Bundeshaus.

Parlamentarischer Weg am Ende

Noch nie war die Schweiz so nahe daran, einen bedeutsamen Schritt hin zu mehr Unternehmensverantwortung zu machen. «Mit dem Entscheid, Wirtschaftsinteressen über Menschenrechte und Umweltschutz zu stellen, setzt die Schweiz den Kurs fort, den sie seit Jahrzehnten verfolgt», sagt Chantal Peyer, Teamleiterin Ethisch Wirtschaften bei *Brot für alle*. «Damit ist auch klar geworden, dass unser Anliegen auf parlamentarischem Weg nicht weiterkommt», sagt Peyer, die sich als Teil einer breiten Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen intensiv für das Anliegen eingesetzt hatte. Die Reaktion der Koalition folgte prompt: Am 21. April 2015 lancierten *Brot für alle* und *Fastenopfer* zusammen mit 70 anderen Organisationen die Konzernverantwortungsinitiative. — Isolda Agazzi

«Der Ruf der Schweiz steht auf dem Spiel»

Als ehemalige Nationalrätin hat sich Lucrezia Meier-Schatz (CVP) intensiv für eine gesetzliche Sorgfaltsprüfungspflicht für Unternehmen engagiert. Den Abstimmungs-Krimi im Parlament hat die Präsidentin des Stiftungsforums von *Fastenopfer* hautnah miterlebt.

Perspektiven: Sie gehörten zu den Unterstützerinnen der Motion Haller. Wie erlebten Sie die Kehrtwende im Parlament?

Lucrezia Meier-Schatz: Es war effektiv eine sehr unglückliche Wendung. Nicht zuletzt, weil der Ordnungsantrag von einer Parlamentarierin initiiert wurde, die schon in der Kommission überstimmt worden war. Kommt hinzu, dass Ordnungsanträge in der Regel gleich nach einer Abstimmung eingereicht werden, nicht erst eineinhalb Stunden später! Diese Verzögerung hat den abwesenden Parlamentsmitgliedern ermöglicht, zurückzukehren, den Ordnungsantrag anzunehmen und die Motion abzulehnen. Eine Motion, die sogar vom Bundesrat unterstützt wurde.

Warum ist es so schwierig, in diesem Bereich eine Mehrheit im Parlament zu finden?

Immer mehr Parlamentsmitglieder wehren sich gegen Regulierungen, die – so sehen sie es – die Situation für Unternehmen verschlechtern. Sie ignorieren

oft auch nationale und internationale Analysen. Die meisten Neinsager haben das Positionspapier des Bundesrats zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen gar nicht gelesen und so nicht erkannt, welche Chancen die Motion für den Ruf der Unternehmen und der Schweiz bietet. Sobald es um Wirtschaftsethik geht, sperrt sich die Rechte und ein Teil der Wirtschaftsführer im Parlament. Sie scheinen unfähig, einen ethischen Diskurs zu unterstützen und einen Paradigmenwechsel zu akzeptieren.

Die Wahlen im Oktober haben das rechte Lager im Parlament gestärkt. Welche Folgen hat das für die Forderung nach mehr Unternehmensverantwortung?

Das ist nicht einfach zu beantworten. Es ist wichtig, möglichst früh den Dialog mit den Mitgliedern von FDP, CVP und BDP zu suchen und sie dafür zu sensibilisieren, was auf dem Spiel steht. Und man muss ihnen die Chancen eines proaktiven Vorgehens aufzeigen.



Die promovierte Politikwissenschaftlerin Lucrezia Meier-Schatz (CVP) war von 1999 bis Ende 2015 im Nationalrat und dort Mitglied in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben.

Welches sind für Sie die wichtigsten Argumente, welche für die Konzernverantwortungsinitiative sprechen?

Der Ruf der Schweiz steht auf dem Spiel. Der Bundesrat hat in seinem Positionspapier vom 1. April 2015 die Risiken für Unternehmen und Land aufgezeigt, wenn die Wirtschaft nicht auf die aktuelle Lage reagiert. Erinnern wir uns einfach daran, dass die USA entsprechende Gesetze haben (Dodd-Frank Act) und die EU die Frage einer gesetzlichen Sorgfaltsprüfung untersucht. Handelt die Schweiz nicht, wird sie irgendwann gezwungen sein, sich anzupassen. Es wäre bedauerlich, wenn wir einmal mehr erst unter internationalem Druck handeln wie schon beim Finanzplatz.

Die Gegner befürchten eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Zu Recht?

Diese Angstmasche ist nicht neu. Die Gegner scheinen die Attraktivität der Schweiz absichtlich zu ignorieren. Die Vorteile unseres Landes sind zu gross, die Unternehmen werden nicht einfach gehen, wenn eine Sorgfaltsprüfung für Unternehmen bezüglich Menschenrechten und Umweltschutz eingeführt wird. Die Gegner haben keine einzige Zahl, um ihre These zu stützen.

Werden Sie Ihr Engagement für mehr Unternehmensverantwortung fortführen?

Ja. Ich habe vor ein paar Jahren die Gruppe «Gedankenaustausch liberal-sozial» gegründet. Sie besteht aus Parlamentsmitgliedern und Persönlichkeiten, die sich an humanistischen Werten orientieren. Wir treffen uns einmal pro Session mit dem Ziel, die parlamentarische Debatte zu beeinflussen, u.a. auch die Diskussion zur Konzernverantwortungsinitiative.

— Interview: Johanna Monney



Goldgeschäft unter der Lupe: Kampagnenplakat 2016

SEHEN UND HANDELN

Verantwortung tragen – Gerechtigkeit stärken

Verantwortung und Gerechtigkeit stehen im Zentrum der Ökumenischen Kampagne. Am Beispiel von Burkina Faso zeigt sie auf, welche Folgen der Goldabbau für die lokale Bevölkerung hat. Und sie regt zum Handeln an.

Wir alle tragen Verantwortung, überall: in der Familie, in der Schule, bei der Arbeit, beim Sport. Immer geht es darum, die Konsequenzen unserer Handlungen und Entscheide zu bedenken – für uns selber, aber auch für unser Umfeld. Doch was tun, wenn niemand bereit ist, diese Verantwortung zu tragen?

In Burkina Faso etwa klagen Menschen über ihr verlorenes Land, über vergiftetes Grundwasser und über Vertreibungen

wegen Goldminen. Doch weder die Regierung noch die Konzerne, welche die Mine betreiben oder das Gold später raffinieren, übernehmen die Verantwortung dafür. Als Heimat der grössten Goldschmelzereien weltweit und als globale Golddrehscheibe trägt auch die Schweiz eine Mitverantwortung (vgl. Dossier).

Diese Zusammenhänge stellen *Fastenopfer*, *Brot für alle* und *Partner sein* ins Zentrum der diesjährigen Ökumenische Kam-

pagne. Und sie fordern zur konkreten Tat auf, indem sie, unterstützt von Pfarreien und Kirchgemeinden, Unterschriften sammeln für die Konzernverantwortungsinitiative. Diese fordert eine gesetzlich verankerte Sorgfaltspflicht für international tätige Unternehmen, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen durch Konzerne zu vermeiden.

Veranstaltungen schweizweit

Fragen der globalen Gerechtigkeit und der Unternehmensverantwortung sowie die Verantwortung von uns allen werden in der Zeit vom 10. Februar bis zum 27. März in zahlreichen Kirchgemeinden und Pfarreien in der ganzen Schweiz thematisiert. In Gottesdiensten wird der Zusammenhang zwischen unserem Wohlstand und der Armut anderswo diskutiert, und im Katechese-Unterricht durchleben die Kinder und Jugendlichen die Situation von Gleichaltrigen in einer Goldmine oder im Exil.

Gäste aus Burkina Faso und Südafrika berichten an öffentlichen Veranstaltungen über die Folgen des Bergbaus für die Menschen in ihren Ländern. Mit Film- und Theatervorführungen wird das Thema zusätzlich vertieft.

Zudem finden während der Ökumenischen Kampagne zahlreiche Aktionen statt (vgl. Randspalte), um Spenden für die Projektarbeit der drei Werke zu sammeln. Sie trägt dazu bei, die Rechte der vom Bergbau betroffenen Gemeinschaften zu stärken und die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern.

— Pascale Schnyder & Patricio Frei

So können auch Sie sich an der Ökumenischen Kampagne beteiligen:

INITIATIVE UNTERSCHREIBEN

Kernanliegen der Kampagne 2016 ist die Konzernverantwortungsinitiative. Unterzeichnen auch Sie diese wichtige Forderung. Und laden Sie Ihre Freunde, Bekannten und Verwandten dazu ein, ebenfalls zu unterschreiben. Petitionsbögen finden Sie auf: www.sehen-und-handeln.ch/konzerne



ROSEN SCHENKEN

Am 5. März 2016 verkaufen Tausende Freiwillige von Pfarreien und Kirchgemeinden Fairtrade-Rosen für fünf Franken das Stück. Der Erlös fliesst in Projekte von *Brot für alle*, *Fastenopfer* und *Partner sein*.



BROT KAUFEN

Kaufen Sie ein «Brot zum Teilen» in einer Bäckerei in Ihrem Dorf oder Ihrem Quartier. An über 600 Verkaufsstellen in der ganzen Schweiz gibt es während der Kampagnenzeit das spezielle Brot zu kaufen. Von jedem verkauften Brot fließen 50 Rappen in die Projektarbeit. Den nächstgelegenen Verkaufsort finden Sie auf: www.sehen-und-handeln.ch/brot



FASTEN

Immer mehr Menschen sehnen sich nach einem einfacheren und weniger konsumorientierten Leben. Eine Fastenzeit lässt erleben, dass weniger mehr sein kann. Viele Kirchgemeinden und Pfarreien bieten Fasten in Gruppen im Rahmen der Ökumenischen Kampagne an. Fasten kann man aber auch allein. Anregungen und Infos finden Sie auf: www.sehen-und-handeln.ch/fasten

Weitere Anlässe und Infos zur Ökumenischen Kampagne auf: www.sehen-und-handeln.ch

Bergbau muss allen nützen

Wehren kann sich nur, wer seine Rechte kennt. Deshalb setzen *Brot für alle* und ihre Partnerorganisation Afrewatch auf die Weiterbildung und Selbstorganisation lokaler Gemeinschaften.



Die Situation der vom Minenbau betroffenen Bevölkerung verbessern: Das ist das Ziel von *Brot für alle* und ihrem Partner Afrewatch.

«Wir befürworten den Bergbau – unter der Bedingung, dass alle Beteiligten davon profitieren: das Unternehmen, das Geld investiert hat; der kongolesische Staat sowie die betroffenen Gemeinschaften», sagt Emmanuel Umpula, Leiter der kongolesischen Nichtregierungsorganisation Afrewatch. Soeben ist er aus Kaindu zurückgekehrt, einem kleinen Dorf nur wenige hundert Meter entfernt von einer grossen Kupfermine. Die Mine liegt wie

Kaindu mitten in einem Jagdreservat. Gemäss kongolesischem Gesetz wären hier jegliche Mientätigkeiten verboten. «Als die Mine gebaut wurde, haben wir uns gefreut – doch inzwischen ist sie für uns ein Fluch», erklärt Mumba Tshikala, Dorfoberhaupt von Kaindu. Wegen der Mine, die dem Zuger Rohstoffkonzern Glencore gehört, ist ein Teil der Tiere bereits aus dem Reservat geflohen. Zudem haben Abwässer der Mine schon verschiedene

Felder vergiftet. Und auch auf die versprochenen Arbeitsplätze warten die Dorfbewohner seither vergeblich.

Die Menschen in Kaindu sind auf eine intakte Umwelt angewiesen. Sie leben vom Fischfang, von der Jagd und dem, was sie auf ihren Feldern anbauen. All dies ist seit dem Bau der Mine gefährdet. Eigentlich schreibt das Minengesetz der DR Kongo vor, dass lokale Gemeinschaften vor dem Bau einer Mine konsultiert werden müssen und dass die Minenbetreiber mit ihnen im Dialog stehen soll. «In Kaindu kam ein einziges Mal ein Konsulent. Er traf sich mit den Dorfoberhäuptern und liess sie ein Dokument unterzeichnen als Bestätigung, dass die Gemeinden konsultiert worden sind», sagt Umpula. Mit Konsultation habe das nicht viel zu tun.

Hand in Hand arbeiten

Doch für Afrewatch und *Brot für alle* liegt genau in diesem Dialog der Schlüssel für eine Verbesserung der Situation. «Erst wenn die Menschen Zugang zu Information haben, ihre Rechte kennen und diese gegenüber Unternehmen und Regierungen einfordern können, wird sich ihre Situation verbessern», weiss Umpula aus Erfahrung. Mit Hilfe von *Brot für alle* hat Afrewatch in Kaindu, Musonoi und Luilu damit begonnen, die Bevölkerung über die Gesetze ihres Landes, über internationale Standards und ihre Rechte aufzuklären. In einem zweiten Schritt wurden in allen Dörfern Komitees gewählt, welche die Probleme und den Alltag der Dörfer im Umfeld der Minen beobachten. Damit die Komitees offiziell anerkannt sind, hat Afrewatch sie registrieren lassen. Demnächst wird ein weiterer Workshop stattfinden,

an dem die Komitee-Mitglieder ihr Recherche-Knowhow vertiefen können und lernen, Berichte über die gesammelten Missstände zu schreiben. Diese Dokumentationen wiederum bilden die Grundlage, mit der die Dorfgemeinschaften ihre Rechte und Forderungen gegenüber Regierung und Minenbetreibern geltend machen können. Afrewatch und *Brot für alle* unterstützen sie dabei. «Nur wenn wir Hand in Hand arbeiten, können wir wirklich etwas verändern», sagt Umpula. — Pascale Schnyder

Lesen und handeln

So helfen wir
Im letzten Jahr hat Afrewatch mit Unterstützung von *Brot für alle* in drei Dörfern in der Gegend von Kolwezi Informationsworkshops durchgeführt und bei der Gründung von Dorfkomitees geholfen. Diese sollen die Mientätigkeiten beobachten, darüber berichten und gegenüber den Verantwortlichen ihre Rechte geltend machen.

So helfen Sie
Helfen Sie *Brot für alle* und Afrewatch, den Einfluss und die Rechte der betroffenen Gemeinschaften weiter zu stärken, und spenden Sie auf die Postkontoverbindung 40-984-9.



An der Dorfversammlung von Kaindu wird intensiv über die aktuelle Situation und die Zukunft des Dorfes diskutiert.



Wegen Minensprengungen haben mehrere Häuser in Musonoi gefährliche Mauerrisse erlitten.



Kinder spielen am Luilu-Fluss, in den die giftigen Abwässer der nahe gelegenen Mine fließen.



In Musonoi hat Glencore-Tochter Mutanda Mining die Strasse für die lokale Bevölkerung gesperrt.



Emmanuel Umpula, Leiter der Bfa-Partnerorganisation Afrewatch, nimmt Wasserproben im Luilu-Fluss.



Barthélemy Sam ist Wirtschaftswissenschaftler und Projektkoordinator für *Fastenopfer* in Burkina Faso.

«Es braucht die Zusammenarbeit aller Beteiligten»

Burkina Faso ist reich an wertvollen Mineralien, insbesondere an Gold. Seit 2011 werden pro Jahr im Durchschnitt 40 Tonnen Gold exportiert. Man schätzt, dass aus den heutigen Minen noch rund 260 Tonnen gefördert werden können. Vor 12 Jahren gab es in unserem Land nur wenige Minen. Seither hat der Staat Konzessionen an neun globale Konzerne und rund 20 kleine Unternehmen vergeben. Insgesamt wurden mehr als 900 Bewilligungen und Schürfrechte erteilt. Wir erleben eine erhebliche Ausweitung des Bergbausektors: Rund 7000 Menschen arbeiten heute in industriellen Minen sowie rund 3 Millionen als traditionelle Kleinschürfer, Hilfsarbeiterinnen und Goldwäscher. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind hart. Die meisten sind junge Männer aus umliegenden Dörfern, aber auch junge Menschen aus der Stadt auf Arbeitssuche.

Der Goldrausch schafft zahlreiche sozioökonomische, ökologische und sogar politische Probleme. Die Minen sind Brutstätten vieler Übel wie Drogen, Atemwegserkrankungen, Aids, Prostitution sowie Kinderarbeit. Der Einsatz von giftigen Produkten, mit denen ohne Schutzmassnahmen hantiert wird, ist eine ernsthafte Gefahr für Gesundheit und Umwelt.

Hinzu kommt, dass die globalen Konzerne schon an verschiedenen Orten die lokale Bevölkerung enteignen liessen, um ihre Minen aufzubauen. Diese Menschen sind für ihre Ernährung jedoch auf ihr Land angewiesen. 83 Prozent der Bevölkerung von Burkina Faso leben von der Landwirtschaft: Der Zugang zu Ackerboden ist für sie überlebenswichtig. Oft entspricht die Situation nach der Umsiedlung nicht

den Bedürfnissen der Gemeinschaften. Vereinbarungen zwischen den Minengesellschaften, dem Staat und den betroffenen Gemeinschaften laufen meist auf eine finanzielle Entschädigung hinaus. Sie entsprechen jedoch nie dem, was die Menschen verlieren, wenn ihnen das Land weggenommen wird. Es ist bei weitem nicht genug für einen Wechsel von der Landwirtschaft in einen anderen Beruf. Eine berufliche Umschulung ist nicht vorgesehen. Nicht eingehaltene Versprechungen führen oft zu Frustrationen.

Einen Hoffnungsschimmer gibt es jedoch. Wegen Protesten der Bevölkerung wurde das Bergbaugesetz im Juni 2015 revidiert. Das neue Gesetz setzt den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Bergbaugemeinden, den Schutz der Umwelt und die Verbesserung der Steuereinnahmen für den Staat. Doch um die Situation umfassend zu verbessern und gegen Missbrauch im Minensektor zu

kämpfen, braucht es die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure.

Die Schweiz trägt eine grosse Mitverantwortung: Der grösste Teil des Goldes aus Burkina Faso wird nämlich in der Schweiz raffiniert. Eine Tatsache, die jedoch den wenigsten Beteiligten bekannt ist. Während die Verantwortung der Unternehmen vor Ort in Sachen Menschenrechtsverletzungen oft anerkannt wird, untersucht nach wie vor niemand, welche Rolle die Raffinerien spielen. Sie werden überhaupt nicht zur Rechenschaft gezogen. Hier bräuchte es Untersuchungen, um aufzeigen, dass auch die Raffinerien mitverantwortlich sind für die Probleme.

«Nach wie vor untersucht niemand, welche Rolle die Raffinerien spielen.»

Barthélemy Sam

IN ZAHLEN

50 %

Über 50 Prozent der Bevölkerung in Burkina Faso leben mit weniger als 1.25 Dollar pro Tag.

181

Burkina Faso liegt, gemessen am Uno-Entwicklungsindex, auf Rang 181 von 187 Ländern.

3 000 000

Etwa 3 000 000 Burkinabés schürfen und waschen informell Bodenschätze. Viele von ihnen sind Kinder.



Mit einem explosiven Videoclip weisen *Fastenopfer* und *Brot für alle* auf die Gefahren der Nahrungsmittelspekulation hin: www.sehen-und-handeln.ch/perspektiven

NAHRUNGSMITTELSPEKULATION

Mit dem Essen spielt man nicht

Nahrungsmittelspekulation kann die Not in Entwicklungsländern verschärfen. Am 28. Februar kommt eine Initiative zur Abstimmung, die dieser Spekulation einen Riegel schieben will.

Die Preise für Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt spielen immer wieder verrückt. Während es 2008 und 2011/12 zu regelrechten Preisexplosionen und weltweiten Ernährungskrisen und Hungeraufständen kam, liegen die Preise aktuell eher tief. Diese extremen Schwankungen sind vor allem für Menschen mit sehr wenig Geld ein grosses Problem. Schiessen die Preise in die Höhe, verlieren die Armen: Denn wer bereits am Existenzminimum lebt, kann sich schlicht nur noch halb so viel Nahrung leisten, wenn sich die Lebensmittelpreise von einem Tag auf den anderen verdoppeln. Fallen die Preise in den Keller, verlieren auch die

Armen: Bäuerinnen und Bauern erhalten deutlich weniger Einkommen und können zum Beispiel Kredite, die sie für die Produktion aufnehmen mussten, nicht zurückzahlen.

Die Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt haben viele Ursachen. Die Zunahme von spekulativen Geldern auf den Agrarmärkten verschärft jedoch den Zick-Zack-Kurs der Lebensmittelpreise. Denn wenn Banken über ihre Kapitalanlagen plötzlich 30 Mal mehr Geld in Weizen investieren, als effektiv an physischem Weizen auf den Weltmärkten vorhanden ist, hat das Rückwirkungen auf den realen Weizenpreis. Davon wiederum profitieren die

Banken und die Anleger, denn aus der Differenz zwischen realem und fiktivem Weizenpreis ziehen sie ihren Gewinn – ohne sich je wirklich für das Produkt Weizen interessiert zu haben.

Brot gehört nicht an die Börse

Die Schweiz mit ihrem einflussreichen Finanzplatz trägt bei diesem Spiel eine besondere Verantwortung. Auch die Grossbanken CS und UBS bieten Finanzinstrumente an, die sich auf Agrarrohstoffe beziehen. Die «Spekulationsstopp-Initiative», die am 28. Februar 2016 zur Abstimmung kommt, bietet die Chance, sich dieser Verantwortung zu stellen. Sie fordert das Verbot von spekulativen Investitionen in Finanzinstrumente, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen.

Auch für *Brot für alle* und *Fastenopfer* ist klar: Brot gehört nicht an die Börse und in die Hände von Spekulanten. Um das völkerrechtlich verankerte Recht auf Nahrung erfolgreich umzusetzen, müssen wir alle Mittel und Wege nutzen. Ihre Stimme leistet einen Beitrag. — Tina Goethe

PARISER KLIMAABKOMMEN

Jetzt sind Massnahmen gefordert

Mitte Dezember hat die internationale Staatengemeinschaft in Paris ein neues Klimaabkommen verabschiedet. Es markierte den Abschluss eines Jahres, in dem sich *Fastenopfer* und *Brot für alle* mit der Ökumenischen Kampagne, einer Klimapetition und zahlreichen Aktionen für verbindliche Klimaziele und mehr Klimagerechtigkeit eingesetzt hatten. Trotz ehrgeizigen Zielen fehlen dem Pariser Abkommen aber noch konkrete Strategien. Deshalb bleibt unser Engagement weiter notwendig. Eine Einschätzung zum Pariser-Klimaabkommen auf: www.fastenopfer.ch/klima

ENTWICKLUNGSHILFE

Bundesbudget für EZA massiv gekürzt

Das Bundesbudget für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) soll massiv gekürzt werden. Ein entsprechender Vorschlag wurde vom Parlament gutgeheissen. Zusammen mit ihrem Dachverband Alliance Sud kritisieren *Brot für alle* und *Fastenopfer* den Entscheid. Besonders stossend ist, dass die Gelder für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit nicht nur gekürzt, sondern für andere Zwecke wie die Exportförderung oder Krisenhilfe eingesetzt werden. Fraglich bleibt nun auch, mit welchen Mitteln die Schweiz, die sich an vorderster Front für die Agenda 2030 eingesetzt hat, ihren Verpflichtungen für eine weltweite nachhaltige Entwicklung nachkommen will.



Goldenes Zeitalter

Was wissen Sie über Gold und die Bedeutung der Schweiz im globalen Goldgeschäft? Lesen Sie das Dossier und testen Sie Ihr Wissen.

1.

Welche Rolle spielt die Schweiz im weltweiten Goldhandel?

- A. Sie rangiert nicht unter den Top-20-Nationen.
- B. Sie ist die grösste Goldhändlerin der Welt.
- C. Die Schweiz ist die Nummer zwei hinter den USA.

2.

Wie viel des weltweit verarbeiteten Goldes wird in der Schweiz raffiniert?

- A. 30 Prozent
- B. 50 Prozent
- C. 70 Prozent

3.

Wer ist der grösste Abnehmer von Schweizer Feingold?

- A. Russland
- B. Grossbritannien
- C. China

4.

Welcher Staat fördert weltweit am meisten Gold?

- A. China
- B. Australien
- C. Burkina Faso

5.

Wie viel Abfall fällt bei der Produktion eines Kilo Goldes an?

- A. 500 Kilo
- B. 2 Tonnen
- C. 20 Tonnen

MENSCHEN IN AKTION

«Die Offenheit für andere Kulturen fehlt mir hier»

«Andere Länder und Kulturen haben mich immer interessiert», sagt Esther Oehmichen, während sie die Teetassen auf den Küchentisch ihres Reihenhäuschens in Neuhausen (SH) stellt. Als junge Frau wäre sie gerne in die Entwicklungszusammenarbeit. «Doch ich hatte weder eine spezielle Begabung noch beherrschte ich ein Handwerk, das dort genützt hätte», sagt die ehemalige Lehrerin. Als sie dann Mutter wurde, war das Thema für eine Weile vom Tisch. «Erst nach der Pensionierung habe ich begonnen, mich zu engagieren», sagt sie. Als Erstes machte sie ihren früheren Wunsch wahr und reiste für drei Monate mit dem Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) als Beobachterin in die besetzten Gebiete. «Das war eine sehr gute Erfahrung, auch wenn es bedrückend war, dass wir nichts tun konnten, ausser zu beobachten und zu berichten», sagt Oehmichen.

Zurück in Neuhausen, begann sie, sich bei der kantonalen Stelle für Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit OeME

für *Brot für alle* zu engagieren: «Ich mag es, mehr über Hintergründe und Zusammenhänge zu erfahren.» Deshalb gefallen ihr die Impulsveranstaltungen vor den Ökumenischen Kampagnen besonders gut. Das dort erworbene Wissen nutzt Oehmichen bei Standaktionen, Suppentagen und anderen Veranstaltungen.

Auch der Dialog zwischen Kulturen und Religionen liegt ihr am Herzen. Derzeit unterstützt sie eine junge alleinerziehende Mutter aus Eritrea dabei, in der Schweiz Fuss zu fassen. «Kürzlich hat sie mir gesagt, ich sei die einzige, mit der sie Deutsch sprechen könne», sagt Oehmichen. «Die Offenheit für andere Kulturen fehlt mir hier.» Auf ihren Reisen in Asien und im Nahen Osten sei sie oft von Menschen nach Hause eingeladen worden. «In der Schweiz passiert so etwas nicht.»

Esther Oehmichen engagiert sich auch politisch: Bereits letzten Sommer ist sie mit anderen OeME-Mitgliedern auf die Strasse, um für die Konzernverantwortungsinitiative Unterschriften zu sammeln. «Es ist ein wichtiges Anliegen, das ich unterstützen will.» Doch es habe schon etwas Überwindung gekostet, auf die Leute zuzugehen, sagt sie lachend. «Wenn wir aber erklärt haben, dass es um Umweltschutz und Menschenrechte geht, haben viele Leute sehr positiv reagiert.»

— Pascale Schnyder



Seit sie pensioniert ist, engagiert sich Esther Oehmichen vielseitig.